



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 13. September 2022
Kantonsratspräsident Born Rolf

A 942 Anfrage Dubach Georg und Mit. über die Gefahr einer Strommangellage im kommenden Winter 2022/2023 und die dazu vorgesehenen Massnahmen im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 942 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 114 zu 0 Stimmen zu.

Die Anfrage A 942, das Postulat P 944 von Korintha Bärtsch über ein Impulsprogramm Energiesparen, die Anfrage A 945 von Reto Frank über Massnahmen zur Minderung der drohenden Energiekrise ab Winter 2022, das Postulat P 951 von Sara Muff Sara über Energiefonds zur finanziellen Entlastung der Luzerner Bevölkerung und die Anfrage A 952 von Hannes Koch über die drohende Energiemangellage werden als Paket behandelt. Georg Dubach ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 944 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Korintha Bärtsch hält an ihrem Postulat fest.

Reto Frank ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 951 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Hannes Koch ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Georg Dubach: Ich bedanke mich beim Regierungsrat, dass er letzte Woche beziehungsweise vor zehn Tagen, entsprechend der Forderung der FDP

-
Fraktion, die Bevölkerung und die Unternehmen über den Stand der Vorbereitungen für eine mögliche Energiemangellage im Kanton Luzern informiert hat. Für die FDP ist es klar, dass es bei einer Strom- oder Energiemangellage ein enges Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Akteuren braucht. Der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, dass bei der CKW erfreulicherweise eine sehr hohe Vorsorgesicherheit unseres Verteilnetzes von 99,96 Prozent prognostiziert wird. Trotzdem muss der Kanton Luzern auf die sich abzeichnende mögliche Notlage vorbereitet sein. Wichtig ist hier, dass regelmässig, transparent und vor allem ehrlich informiert wird. Nicht allein die Mangellage ist das Problem, sondern die Preisaufschläge der Energielieferung kommen hinzu. Letzte Woche wurde in zahlreichen Medien erwähnt, wie die neuen Tarife 2023 aussehen werden. Bei den Tarifen 2023 stösst man auf erstaunliche Zahlen. Den Ernst der Lage kann man anhand dieser Zahlen sehr gut nachvollziehen. Die Stromrechnung der CKW besteht aus drei Teilen: erstens die Energielieferung, dann die Netznutzung und zum Schluss die öffentlichen

Abgaben. Auffällig ist hierbei, dass der Teil der Energielieferung markant aufschlagen wird. Dieser Zuschlag wird auf der Webseite der CKW mit bis zu 118 Prozent prognostiziert. Leider wird das von der CKW nicht offen und ehrlich kommuniziert. Diesen Teil der Energielieferung können wir Kunden, also wir alle, durch unser Verhalten beim Stromkonsum direkt beeinflussen. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass die Kostensteigerung auch im Jahr 2024 ungebremst weitergeht. Auch der Kanton steht hier mit in der Verantwortung. Kleine und mittlere Unternehmen mit grossem Stromverbrauch werden eine nächste ungebremste Entwicklung der Stromkosten für das Jahr 2024 nicht überleben. Die gestrige Meldung der Firma Steeltec AG in Emmenbrücke, wo es notabene um zahlreiche Arbeitsplätze geht, ist erst der Anfang.

Korintha Bärtsch:

Die Ausgangslage ist klar, wir stehen vor einer drohenden Energiemangellage bei Strom und Gas. Gleichzeitig müssen wir Klimaschutz betreiben, von fossilen Energien wegkommen, und wir haben beim Ausbau von erneuerbaren Energien mit Hürden zu kämpfen. Gerade deshalb müssen die Energieeffizienz und das Stromsparen oberste Priorität haben und die oberste Maxime sein, vor allem dann, wenn Synergien genutzt werden können. Jede Kilowattstunde, die nicht produziert werden muss, ist Gold wert. Jede Kilowattstunde die nicht produziert werden muss, verursacht keinen radioaktiven Abfall, verbraucht keine seltenen Erden, wie sie in Photovoltaikpanels vorkommen, verursacht kein Problem mit Restwassermengen und der Zerstörung von Ökosystemen. Das kommt einer eierlegenden Wollmilchsau nahe. Der Regierungsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass das Energiesparen und die Massnahmen zur Energieeffizienz eigenverantwortlich umgesetzt werden sollen. Wir stehen vor der grössten Herausforderung unseres Jahrhunderts, vor dem Klimawandel, und der Regierungsrat sagt, die gehen wir eigenverantwortlich an? In den Medien wird die Hysterie verbreitet, dass Strom und Gas ausgehen könnten und man Kerzen kaufen soll, und der Regierungsrat sagt, man soll doch eigenverantwortlich Strom sparen? Das ist nicht nur eine verpasste Chance, die Bevölkerung mitzunehmen, hier lässt sich auch Regierungsverantwortung in der Krise vermissen. Der Regierungsrat sagt auch, es geschehe schon viel, und zählt verschiedene Homepages auf, auf denen man nachlesen kann, wie Stromsparen funktioniert. Das ist aber noch lange keine Kampagne, noch lange kein Programm. Sie würden Ihren Wahlkampf doch auch nicht so gestalten, dass man auf Ihrer Homepage nachlesen kann, wer Sie sind. Sie wissen, Sie müssen sich inszenieren, sich in Szene setzen, die Leute ansprechen. Sie müssen die ganze Klaviatur an Wahlkampfmitteln einsetzen. Sie wissen, wie das geht. Genauso muss man eine Energieeffizienz- und eine Energiesparkampagne aufbauen. Es braucht zielgruppenspezifische Massnahmen, ein Impulsprogramm muss verschiedene Bevölkerungsgruppen ansprechen und an sie adressiert sein. Wenn wir es im Kanton mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Es ist eine Bringschuld in dieser Situation und keine Holschuld. Die Situation ist herausfordernd, der bevorstehende Winter muss uns zum Handeln auffordern. Jetzt ist der falsche Moment um knausrig zu sein. Massnahmen für die Effizienz und das Energiesparen haben sowieso ein bestechendes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Es gibt genug Massnahmen, die man umsetzen kann. Das Einsparpotenzial ist an verschiedensten Orten riesig, das konnten Sie in den Medien lesen. Wenn man in einem Mehrfamilienhaus die Heizung richtig einstellt, so wie die Stadt Luzern ein Programm dafür hat, kann man rund 10 Prozent einsparen. Wenn man Produkte der Firma Siemens – die auch in der Schweiz ansässig ist – in der Gebäudetechnik einsetzt und Lüftungen richtig justiert, kann man sogar einen Drittel der verbrauchten Energie einsparen und hat zusätzlich auch noch ein angenehmeres Wohnklima. Solche Massnahmen müssen State of the Art werden. Ich habe es im Vorstoss bereits angemerkt, die Energiewerke in Genf haben auch ein tolles Programm, in dem sie sich sogar an die KMU adressieren. Es gibt ganz viel, das man tun kann. In Artikel 89 der Bundesverfassung steht, neben dem Bund sind auch die Kantone in der Verantwortung für einen rationellen und sparsamen Umgang mit Energie. Der Kanton Luzern hat das Förderprogramm Energie, da wird einiges gemacht, der Bund unterstützt dies ja auch, aber das ist vor allem an Gebäudeeigentümerinnen und

-eigentümer adressiert, das ist eine ganz andere Zielgruppe. Die Zielgruppe der Konsumentinnen und Konsumenten und auch die der Unternehmen mit ihrem direkten Energieverbrauch werden hier vermisst und sind nicht vorhanden. Zum Schluss sagt der Regierungsrat, die höheren Preise werden es dann schon richten. Es gibt leider prominente Beispiele, bei denen das überhaupt nicht funktioniert hat. Der Benzinpreis steigt seit den letzten paar Monaten an, aber es ist nicht erkennbar, dass die Leute weniger Autofahren, es gab sogar einen Rekordstau vor dem Gotthard. Ebenso bei den Zigaretten, die wurden um ein Mehrfaches teurer, aber aus finanziellen Gründen rauchen nicht weniger Leute. Es sind andere Programme, die hier zum Glück halfen. Der Kanton hat es in der Hand: Mit einem breit angelegten und wirkungsvollen Massnahmenpaket und einem Impulsprogramm im Bereich Energieeffizienz und Energiesparen kann er seinen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zeigen, dass er diesen ernst nehmen und auch ernst nimmt, was uns im Winter bevorstehen könnte.

Reto Frank: Als ersten Schritt unterstützen wir die Massnahmen zur Stärkung von und zur Sensibilisierung über Suffizienz und auch die Realisierung von Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich. Das sind wichtige Schritte, und sie sollen schnell eingeleitet werden. Das Programm des Regierungsrates zur Umsetzung der Klima- und Energieberichte soll ebenfalls schnell an die Hand genommen werden. Bei Übergangslösungen soll aber darauf geachtet werden, dass die Energieversorgung stets gesichert ist. Das heisst, dass während der Umstellung auf nachhaltige Energieträger der Energiebedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung und zur Sicherung von kritischen Infrastrukturen jederzeit abgedeckt sein muss. Dazu benötigt es aus unserer Sicht einen Mix von Energieträgern, die auf der Zeitachse zügig nachhaltiger werden, aber so, dass der Grundbedarf an Energie immer gedeckt werden kann. Das heisst mit anderen Worten, dass nicht nachhaltige Energieträger und Anlagen Schritt für Schritt durch nachhaltige Energieträger und Massnahmen ersetzt werden sollen, sodass der Energiebedarf jederzeit gedeckt werden kann. Wünschenswert ist auch, dass der Eigenversorgungsgrad dabei stark erhöht wird. Im Weiteren ist alles daranzusetzen, dass angebrauchte Pflichtlager an Energieträgern so schnell wie möglich wieder aufgefüllt werden. Die Kommunikation mit der Bevölkerung über Spartipps und Massnahmen ist wichtig. Die Kanäle sind den Haushalten und den Unternehmen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Dabei sollen die wichtigsten Massnahmen und Tipps einfach und verständlich kommuniziert werden. Zur Finanzierung der vorgesehenen Massnahmen dürfen nur die bereits bewilligten Budgets verwendet werden. Die Linderung von übermässigen Belastungen durch höhere Energiekosten soll aus Mitteln für bereits existierende Institutionen finanziert werden. Die Kooperation und Koordination mit der EU sind für den Energieaustausch besonders wichtig. Das Ziel dabei muss sein, dass nicht zur gleichen Zeit eine grössere Anzahl von stromproduzierenden Anlagen ausfallen oder gewartet werden müssen. Dafür müssen sich die Schweiz und die Kantone noch mehr einsetzen.

Sara Muff: Die Bevölkerung ist besorgt, denn es ist klar, die Strompreise werden ansteigen, auch im Kanton Luzern. Im Kontext der Inflation trifft dies vor allem die kleinen und mittleren Einkommen stark. Doch auch die Wirtschaft, welche nach wie vor mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen hat, wird davon hart getroffen. Es ist klar, dass es individuelle Sparmassnahmen benötigt, welche von der Bevölkerung umgesetzt werden. Doch auch seitens des Kantons werden wir nicht um finanzielle Entlastungsmassnahmen herumkommen. Nur so kann die Belastung durch die steigenden Energiekosten abgefedert werden. Das Postulat fordert daher, dass ein Fonds geäufnet wird, welcher die Luzerner Bevölkerung finanziell entlastet, damit die steigenden Energiekosten nicht gänzlich auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Wichtig ist auch, dass der Fonds progressiv ausgestaltet werden soll. Menschen mit tieferem Einkommen sollen mehr Ausgleich erhalten. Die Regierung schreibt, dass die Preisaufschläge in der Schweiz weniger hoch ausfallen werden als beispielsweise in Deutschland oder den Niederlanden. Diese Aussage bringt der Familie aus Meggen nichts, welche heute schon jeden Franken zweimal drehen muss, und auch der alleinerziehenden Mutter in Weggis nichts, welche aus den Medien erfuhr, dass nächstes

Jahr die Stromrechnung um zirka 100 Prozent höher ausfallen wird. Entgegen der Aussage eines Ratsmitglieds hier wissen wir, dass auch in Meggen Personen mit einem bescheidenen Einkommen zu Hause sind. Die Tatsache, dass die Energiepreise steigen werden, ist Fakt, und genauso ist es Fakt, dass diese Erhöhung gewisse Personen unserer Bevölkerung hart treffen wird. Gemäss Berechnung der eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) werden die schweizerischen Strompreise in der Grundversorgung im Jahr 2023 weiter ansteigen. Daher ist es angezeigt, bereits jetzt zu reagieren, ganz nach dem Motto «aktiv anstelle von reaktiv». Ja, aus klimapolitischer Sicht ist es wichtig, dass sparsam mit Strom umgegangen wird, darum soll der Fonds ja progressiv ausgestaltet werden. Doch wenn die Strompreise das Haushaltsbudget übersteigen, dann muss der Kanton Massnahmen ergreifen, so wie es der vorliegende Vorstoss fordert. Ich bitte Sie daher, die Erheblicherklärung zu unterstützen. Noch einige Worte zur Anfrage von Hannes Koch. Wenn ich die Antworten der Regierung lese, hoffe ich doch sehr, dass es nicht zu den mehrstündigen Abschaltungen kommen wird. Denn offenbar fehlt ein bisschen der Bezug zur Realität. Wer kommt für die Zusatzkosten der Akkus auf, für die Menschen, welche permanent auf medizinische Geräte angewiesen sind? Wer wechselt diese im Notfall, wenn es die Personen nicht selbst können? Was den Vorschlag betrifft, dass die Menschen dann kurzfristig in Institutionen überwiesen werden müssen, so Sie wissen selbst, wie knapp die Betten sind. Eine beatmete Person benötigt übrigens auch noch eine Absaugvorrichtung usw. Noch eine letzte Frage: Wer kommt für diesen Aufenthalt auf, wenn keine medizinische Indikation besteht? Ich fasse zusammen: Ich bitte Sie die Erheblicherklärung unseres Postulates zu unterstützen, die Antworten auf die Anfrage von Hannes Koch wirken auf uns suspekt.

Hannes Koch: Aus der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, dass die Bewältigung einer Energiemangellage Sache des Bundes und der Kanton nicht in der Pflicht sei. So las ich das heraus. Wir hörten aber auch von Korintha Bärtsch, dass das anders geregelt ist. Der Kanton sieht seine Aufgabe vor allem darin, Sparmassnahmen an den Schulen einzuführen in verschiedenen Stufen, und wir begrüessen es sehr, dass dies angegangen wird. Weiter kümmert er sich um mittel- bis langfristige Massnahmen wie sie im Klimabericht B 87 behandelt wurden. Der Kanton ist besorgt darum, dass die erneuerbaren Energien konsequent ausgebaut werden. Das freut die G/JG-Fraktion natürlich sehr, denn der konsequente Ausbau hätte schon lange dringend und notwendig vorangetrieben werden müssen. Für die drohende Energiemangellage wird das aber kaum einen Nutzen bringen. Aus der Antwort kann auch entnommen werden, dass der kantonale Führungsstab bereits seit dem Frühjahr 2022 im Einsatz ist und für die existenziellen Versorgungs- und Entsorgungsprozesse Massnahmen erarbeitet. Wir gehen aber fest davon aus, dass es keine abschliessende Auflistung dieser wahrzunehmenden Aufgaben ist. So erstaunt auch die Antwort auf die Frage, was der Kanton bei Unternehmen machen wird, die in einen finanziellen Engpass kommen. Der Vorschlag ist Kurzarbeit. Dies ist aber nicht in allen Branchen machbar, so zum Beispiel bei Pflegeheimen oder Behinderteninstitutionen, die bereits heute den Strom für das nächste Jahr bestellen und kaufen müssen und einen massiven finanziellen Mehraufwand haben. Auch nehmen wir erstaunt zur Kenntnis, dass die Regierung keine klare Haltung in der Funktion als Verwaltungsrat in den Antworten deklariert. Er verweist auf den kleinen Beteiligungsanteil von 9,1 Prozent, da sei nichts zu machen, habe ich herausgelesen. Georg Dubach hat es vorhin auch erläutert, auch wir sind der Meinung, dass der Kanton aktiv werden muss und seinen Spielraum auch mit 9,1 Prozent nutzen soll. Die anderen Verwaltungsratsmitglieder sind ja in einer ähnlichen Situation und müssten ähnliche Ansprüche haben. Der freie Markt in der Grundversorgung funktioniert nicht, das haben wir wieder einmal gesehen, das ist bedauerlich, aber auch schon bekannt. Zu guter Letzt sollen Personen, die auf medizinische Geräte angewiesen sind, einfach selber schauen, sie können einen Akku kaufen, und das ist dann gut so. Die Einschätzung der Regierung ist vermutlich schon richtig, aber wie kommt das bei diesen Personen an, die das nun hören, dass sie einfach selber schauen sollen? Hier haben wieder die Thematik, wer denn schlussendlich zuständig ist. Wie auch Sara Muff sagt, wird die

Finanzierung sicher ein grosses Thema sein, falls das gebraucht würde. Hoffen wir, dass die vierte Stufe mit den zyklischen Abschaltungen gar nie kommt. Menschen in finanziell schwierigen Situationen müssen unterstützt werden. Darum ist auch das Postulat von Sara Muff erheblich zu erklären. Wir sind jedoch ganz klar gegen das Giesskannenprinzip. In der Ausarbeitung des geforderten Unterstützungsinstrumentes ist deshalb darauf zu achten, dass dieses bedürfnisorientiert ausgestaltet wird.

Hasan Candan: Ich pflichte Georg Dubach und Korintha Bärtsch wirklich bei. Wir schlittern in eine ähnliche Krise mit ähnlichen Auswirkungen wie bei der Corona-Krise hinein. Es wird hohe soziale Verwerfungen geben, und ich bin auch der Meinung, dass die Regierung hier in der Verantwortung steht. Das habe ich in den Antworten überhaupt nicht gespürt. Energiesparen ist richtig, aber wir müssen wirklich Antworten und Massnahmen liefern, denn die Menschen haben im Moment eine grosse Unsicherheit. Wie kann ich nächstes Jahr die Krankenkassenprämien zahlen? Wie kann ich die Miete zahlen? Wie kann ich die Strompreise zahlen? Es ist richtig, dass wir für die schauen, die nicht so viel Geld haben. In der Antwort kam heraus, es gibt ein Netz, aber es gibt zwischen ganz unten und ganz oben etwas dazwischen. Das ist der Mittelstand, das sind Familien, Alleinstehende, KMU, die jeden Tag arbeiten und nicht wissen oder Angst haben, wie sie nächstes Jahr all diese Rechnungen zahlen können. Ich bin sehr dafür, dass wir trotzdem darüber diskutieren, worüber die die Regierung nicht diskutieren will, und zwar über einen Mietdeckel, einen Energiedeckel oder einen Prämiendeckel. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Ich glaube, wir müssen uns damit auch auseinandersetzen, weil wir im Kanton eine wirklich spezielle Lage haben. Sie haben diese Karte gesehen, die überall in den Medien zu sehen war, der Kanton Luzern war gelb gefärbt. Es ist mit höheren Energiepreisen zu rechnen als in den umliegenden Kantonen Nidwalden, Obwalden, Uri und Zug. Das kommt daher, dass wir nicht selber Energie produzieren. Hier steht die Regierung in der Verantwortung, sie muss Massnahmen treffen und Antworten liefern, die alle Menschen mit einbinden. Ich weiss, es wird uns vielleicht etwas kosten, aber diese Kosten sind viel tiefer als die sozialen Verwerfungen, die kommen werden. Ich habe ein paar wichtige Fragen, auf die ich gerne Antworten hätte. Sie sagen Energiesparen: Entschuldigung Hans Lipp, Vroni Thalman und Sabine Wermelinger, ich will Sie nicht aufschrecken, aber was passiert im Winter, wenn wirklich Strommangellage ist, stellen wir dann die Skilifte in Sörenberg ab? Das sind die wichtigen Fragen, bisher dreht es sich um ein bisschen die Heizung runterdrehen, aber das sind die wichtigen Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Es wurde auch publik, der Rettungsschirm der Axpo, 50 Prozent der Kosten müssen die Kantone bereitstellen, wenn ein Notfall eintritt. Den Kanton Luzern trifft das mit 120 Millionen Franken, die man dafür als Darlehen deponieren muss. Da ist auch die Frage, was passiert jetzt, welche Auswirkungen hat das auf den Kanton Luzern? Das sind jetzt wirklich wichtige Fragen, ich glaube es wird eine enorme Herausforderung, und die Antworten muss die Regierung uns doch bringen, ich möchte und verlange das.

Urs Brücker: Kommen wir wieder zurück auf den Boden mit etwas weniger Emotionen. Der Endenergieverbrauch in der Schweiz nimmt seit 2010 ab und hat sich vom BIP und dem Bevölkerungswachstum entkoppelt, das ist sehr erfreulich. Aber richtig Energie sparen wir nur, wenn zwei Sachen passieren: in einer Pandemie oder wenn die Energiepreise steigen. Im Moment stehen die Energiepreise im Vordergrund wegen der maroden AKW in Frankreich und Deutschland, das den Strom mit Gas produziert, und natürlich auch aufgrund von Spekulationen um die drohende Winterstromlücke. In meinen Augen ist klar, hohe Energiepreise können uns nur lieb sein, das spart richtig Kilowattstunden und schont unser Klima. Leider haben wir uns an tiefe Preise gewohnt, für 21 Rappen können wir heute 133 Scheiben Toast rösten, wir können 90 Stunden unter einer Energiesparlampe lesen oder wir können uns 2500-mal morgens mit einem Top-ten-Rasiergerät rasieren. Die Energie kostet einfach nichts, und wenn nun die Preise im Schnitt um 30 Prozent auf 27 Rappen pro Kilowattstunde steigen sollen, dann bricht Panik aus, obwohl das in einem Monat für einen Haushalt etwa 22 Franken ausmacht. Mit dem Postulat P 944, ich spreche dazu, das war erst die Einleitung, wird ein kantonales Impulsprogramm zum Energiesparen ergänzend zum

Energieförderprogramm des Kantons gefordert. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme eindrücklich aus, wie viele Förderprogramme es für Investitionen in fossilsfreie Energie und in Programme zur Energieeffizienzsteigerung und wie viele Sensibilisierungsplattformen es auf nationaler und kantonaler Ebene schon gibt. In diesem Dschungel findet man sich kaum zurecht, und wir müssen immer wieder googeln, was aktuell ist. Eine Google-Abfrage benötigt übrigens gleich viel Strom wie eine Sparlampe um eine Stunde zu brennen. Die GLP-Fraktion ist mit der Regierung der Meinung, dass wir kein zusätzliches kantonales Impulsprogramm zum Energiesparen benötigen. Wenn, dann könnten wir uns vorstellen, wie das die Energieversorger im Kanton Genf oder im Kanton Bern bei den Bieler Stadtwerken bereits machen, zum Beispiel mit dem «Eco 21». Die Bieler beraten nicht nur die verschiedenen KMU, Immobilienbesitzer oder Wohnbaugenossenschaften, dort bekommt man auch noch eine Sparlampe, einen Standby-Killer oder eine Spardüse für Wasserhähne. Finanziert wird das in Biel durch einen kleinen Netznutzungsgebühreuzuschlag von 0,15 Rappen pro Kilowattstunde, das, würde ich meinen, wäre verkräftbar. Also wir sehen vor allem bei den Versorgern CKW, EWL, BBZ, und allenfalls bei den Gemeinden, dass selbstverständlich noch mehr Sensibilisierung betrieben werden könnte. Wir in Meggen sind jedenfalls daran, das voranzutreiben. Das Impulsprogramm wie von der Postulantin gefordert lehnen wir ab und folgen somit der Regierung bei der Ablehnung des Postulates P 944.

Ruedi Amrein: Ich spreche zum Postulat P 944 von Korintha Bärtsch und zu den Anfragen A 945 von Reto Frank und A 952 von Hannes Koch. Vorab: Auch die FDP-Fraktion nimmt die Entwicklung des Stromangebotes sehr ernst, auch die Folgen davon. Korintha Bärtsch möchte das nun mit einem ambitionierten Impulsprogramm zum Energiesparen und zur Energieeffizienz und -suffizienz lösen. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme eindrücklich auf, was alles schon geschieht. Auf Bundesebene, auf kantonaler Ebene, was man alles an Sensibilisierungsprogrammen aufgeschaltet hat und macht. Auch für neue Angebote wie beispielsweise ein Programm in der Landwirtschaft für die Förderung von erneuerbaren Energien oder die Sensibilisierung sind mehrere Webseiten aufgeschaltet, und es sind Gesetzesänderungen angekündigt. Wir unterstützen die Anpassungen des Planungsgesetzes und die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien wie auch die Anpassung des Richtplans betreffend Windenergie sehr. Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass schon sehr viel vorhanden ist, das man nun umsetzen und nutzen muss, und nicht noch mehr gebraucht wird. Man darf auch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vertrauen, das ist wahrscheinlich die Differenz von unserer Haltung zur Haltung von Korintha Bärtsch. Wenn es dann letztlich nötig ist, sind wir auch für Regulatorien, aber zuerst sollte man schauen, was die Bürgerinnen selbst hinbekommen, was sie mit ihrer Kreativität und Innovation hinbekommen. Wenn das ausreicht, wäre das gut. Wir sind mit der Kommunikation so weit zufrieden, eine einzige Anregung wäre allenfalls, dass man nicht nur auf elektronische Medien setzt, sondern unter Umständen auch die anderen Kanäle bedient. Mit den Antworten zu den Anfragen von Reto Frank und Hannes Koch, die sehr viele Gemeinsamkeiten hatten, sind wir zufrieden.

Michael Kurmann: Die Mitte-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die rasche Behandlung und Beantwortung der Anfragen und Postulate. Wir danken auch unseren Kolleginnen und Kollegen für das Einreichen der Vorstösse, da es aus unserer Sicht wichtig und richtig ist, dass die Bevölkerung direkt über die Massnahmen und Handlungen im Kanton erfahren. Wir stellen auch fest, dass die von der Mitte-Fraktion Ende letzten Jahres gestellten Fragen und die Antworten darauf nach wie vor ihre Gültigkeit haben. Erschreckend ist natürlich, dass das Schreckensszenario bereits für diesen Winter eintreffen könnte. Mit Blick auf eine mögliche Energiekrise in diesem Winter gilt es, jetzt wirksame Massnahmen zu ergreifen. Die Mitte begrüsst daher grundsätzlich die Vorbereitungen des Regierungsrates auf mögliche Notfallsituationen und den Aufruf an die Bevölkerung, verantwortungsvoll mit Energieressourcen umzugehen. Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass der kantonale Führungsstab seit geraumer Zeit die Szenarien vorbereitet. Auch dass der Regierungsrat die nötigen und mit dem Klima- und Energiebericht beschlossenen

Massnahmen und Gesetzesanpassungen anpackt und teilweise, wie heute den Medien zu entnehmen war, dieses Jahr schon lancieren möchte, begrüssen wir sehr. Die drei Pfeiler der Energiepolitik der Mitte Kanton Luzern sind seit geraumer Zeit die Reduktion des Energiekonsums, der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz. Wo können wir hier auf kantonaler Stufe handeln? Der Kanton Luzern handelt unserer Meinung nach subsidiär und somit auf Bundesvorgaben und -massnahmen abgestimmt, möglichst ohne Zeitverzug. Das betrifft insbesondere Massnahmen, die kurzfristig für den kommenden Winter in Erwägung gezogen werden. Die nötigen Gesetzesanpassungen sind schnell vorzunehmen. Projektbewilligungen auf kantonaler Stufe müssen beschleunigt werden. Eine angepasste Interessenabwägung zwischen Umweltschutz und Versorgungssicherheit ist wohl leider nötig. Was heisst das nun in Bezug auf die beiden Postulate? Wir teilen die Einschätzung der Regierung. Das Postulat von Korintha Bärtsch lehnen wir ab. Im Klimabericht sind der Aufbau und die Umsetzung eines Konzeptes zur Klimasensibilisierung mit dem Thema effizienter Energieeinsatz vorgesehen, und Mittel im sechsstelligen Bereich sind eingestellt. Zusammen mit den Antworten und den erwähnten Instrumenten auf Stufe Bund ist unserer Meinung nach die Forderung erfüllt. Die Sensibilisierung der Bevölkerung in diesem Bereich ist bereits sehr hoch. Auch beim Postulat für einen Energiefonds teilen wir die Haltung der Regierung. Auf Bundesebene laufen in der jetzigen Herbst-Session einige Bemühungen in diese Richtung. Falls solche beschlossen werden, sollen diese subsidiär im Kanton Luzern sehr schnell umgesetzt werden. Gerade im Hinblick auf die besonders betroffenen Unternehmen teilen wir die Einschätzung der Regierung. Kurzarbeit kann im Bedarfsfall ein probates Mittel sein. Bezüglich der Unterstützung von kleinen und mittleren Einkommen lehnen wir isolierte kantonale Lösungen ab, gerade im Hinblick auf diverse Bemühungen, die auf Bundesebene ausgeführt werden.

Thomas Meier: Ich äussere mich zum Postulat P 951 von Sara Muff. Die momentan hohen Strompreise sind Fluch und Segen in einem. Segen, weil sich jetzt viele Gedanken machen, ihre Heizungen, Leuchtmittel und sonstige Infrastrukturen auf die neueste, stromsparende Generation umzustellen, und Fluch, wir hörten es schon von Georg Dubach, weil Branchen, die sehr energieintensiv sind, momentan sehr unter den Preisen leiden. Man kann aber auch festhalten, dass der Strom aufgrund des billigen Gases aus Russland zu lange günstig war und unsere einheimischen Produzenten unter diesen Dumpingpreisen litten. Momentan profitiert die Wald- und Wasserwirtschaft von den hohen Preisen, das darf man auch nicht vergessen. Die jetzt geforderte Lösung über einen Fonds scheint sehr aufwendig, mit einer grossen Bürokratie verbunden und dürfte keine schnellen Resultate bringen. Das Risiko ist gross, dass man eine Lösung schafft, die viel zu spät greifen würde. Es macht auch keinen Sinn, dass jetzt auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene unkoordiniert über Entlastungsmassnahmen diskutiert wird. So könnte bereits heute über die bestehenden Gefässe wie Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder AHV viel schneller reagiert werden. Dann sind wir noch beim berühmten Kuhstall von gestern bezüglich Progression. Man kann nicht immer in den Kuhstall gehen und die gleichen Kühe melken. Aus all diesen Gründen werden wir das Postulat von Sara Muff einstimmig ablehnen.

Pius Müller: Die Schweiz befindet sich energie- und klimapolitisch in einer gefährlichen Sackgasse. Angesichts einer offensichtlich drohenden Energiekrise als Folge von Strommangel bis hin zum Blackout hat der Bund der gesicherten Versorgung der ganzen Schweiz mit Energie höchste Priorität einzuräumen. Der Kanton Luzern kann nur einen kleinen Teil beitragen. Die Energiestrategie 2050, die im Jahr 2017 dem Volk verkauft wurde, ist gescheitert und funktioniert so nicht. Die Strategie hat zwei gravierende Fehler, sie enthält zwei Technologieverbote. Die SVP war die einzige Partei, die die angedachte Energiewende bekämpft hat, weil die Strategie nicht auf den richtigen Fakten basiert. Das Hauptproblem bleibt aber immer noch die Tatsache, dass das Problem als solches nicht erkannt und benannt wird. Wir brauchen immer mehr Strom, weil wir unsere Mobilität, Heizsysteme und andere Dinge des Alltags immer mehr elektrifizieren. Gleichzeitig lassen wir die Zuwanderung ungebremst zu. Das heisst immer mehr Menschen brauchen immer mehr Strom. Zu guter Letzt wollen wir noch alle Kernkraftwerke abschalten und die Bandenergie,

also den täglichen Grundbedarf an Strom, mit dem Flatterstrom aus Wind und Sonne ersetzen. Zubau von Wind und Sonne ist wichtig und richtig, ist aber ein kleiner Teil für die Versorgungssicherheit. Die Kernenergie wurde im Keim erstickt, in dem mittels Denkverbot jegliche Innovationskraft neuer und günstiger Kerntechnologien abgewürgt wurde. Die Nutzung von Wasserkraft und Kernkraft, den verlässlichen Grundpfeilern der Schweizer Stromversorgung, darf keinerlei politisch motivierter Behinderung ausgesetzt werden. Der Bau von neuen Kernkraftwerken der Generation 3 und 4 darf kein Tabu mehr sein. Das Volk muss die Möglichkeit haben, nochmals auf den Entscheid von 2017 zurückzukommen. Ich hoffe, dass es nicht zuerst einen Blackout braucht, damit wir begreifen, von was wir hier eigentlich sprechen. Diese komplexe Ausgangslage verlangt von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie die grundlegenden physikalischen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Schweizer Energiepolitik kennen. Nur dann werden wir für unser Land wichtige Entscheidungen in der Energie- und Klimapolitik richtig treffen. Verhängnisvoller ist, dass die Klimaaktivisten die Versorgungssicherheit in der Schweiz aufs Spiel gesetzt haben. Das heisst für die SVP: endlich weg von der Klimahysterie hin zu einer realen und sicheren Energiepolitik. Den Klimawandel kann man nur vorantreiben, wenn die Stromversorgungssicherheit gewährleistet ist.

Meta Lehmann: Ich spreche zum Postulat «Impulsprogramm Energiesparen». Die günstigste Energie ist die, die man nicht produzieren muss, deshalb unterstützt die SP-Fraktion das Postulat. Die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz hat schon 2010 aufgezeigt, dass man die Leistung des damaligen AKW Mühleberg einsparen könnte, wenn man das technische Einsparpotenzial der elektronischen Anwendungen ausschöpfen würde. Das würde bedeuten, dass man im Haushalt nur die effizientesten Geräte und Lampen hat und in der Industrie nur die effizientesten Elektromotoren einsetzt. Das ist das technische Einsparpotenzial, dazu kommt das organisatorische, also das Potenzial, wenn man Ferienwohnungen nicht heizt, wenn man nicht da ist, und die Stereoanlage nicht auf Standby laufen lässt, wenn man keine Musik hört. Aber es brauchte die drohende Strommangellage und die steigenden Preise, damit endlich medial breit national und auf kantonaler Ebene über das Energiesparen informiert und diskutiert wird. Ich habe das Gefühl, in den letzten Jahren waren es nur die aktivsten Energiestadtgemeinden, die nützliche Sachen wie Wasserspararmaturen und LED-Leuchten unter die Leute brachten. Die allgemeinen Infokampagnen brachten kaum etwas. Ja, vielleicht bewirken die steigenden Energiepreise jetzt, dass die Haushalte und Unternehmen von selbst einen Teil der empfohlenen Sparmassnahmen umsetzen. Es ist aber zu befürchten, dass das nicht ausreicht und wieder aufhört, sobald die Preise wieder ein wenig sinken. Die SP möchte nicht nur die Energieproduktion auf Basis erneuerbarer Energieträger fördern, es soll unbedingt auch nur so viel Strom produziert werden, wie wirklich nötig ist. Für die Verschwendung zu produzieren, ist zu teuer und schadet der Umwelt. Das Momentum der heutigen Preissituation kann der Kanton mit einem Impulsprogramm zum Energiesparen nutzen. Das Programm würde auch KMU und Mieterinnen und Mieter ansprechen, nicht nur Hauseigentümerschaften. Die Mieterinnen und Mieter können zwar nicht selbst bestimmen, wie ihr Warmwasser im Keller geheizt wird. Aber sie können zum Beispiel mit einem Duschsparkopf dazu beitragen, dass weniger Heisswasser aufbereitet werden muss. Darum unterstützt die SP-Fraktion ein solches Impulsprogramm.

András Özvegyi: Ich spreche vor allem zum Postulat P 951. Das Postulat fordert einen Fonds zur Entlastung der Bevölkerung. Seit Jahren sagen Umwelt- und Energiefachpersonen, dass die Energiepreise zu tief sind, sodass wir die wertvolle Ressource Energie verschwenden. Die GLP steht für Eigenverantwortung, für allfällige gezielte Lenkungsmassnahmen, für wenig Eingriffe in den Markt. Sicher stehen wir nicht für Hilfe mit der Giesskanne. Wir finden es generell schade, dass bei Veränderungen sofort nach Ersatzmassnahmen durch den Staat gerufen wird. Wir alle wissen doch, es geht auch anders, es geht auch mit Verhaltensanpassungen oder Suffizienz. Das Postulat P 951 lehnen wir aus folgenden Gründen ab: Es ist sehr kontraproduktiv zu allen aktuellen Bemühungen zur Energiewende, zum Energiesparen und den Bemühungen der Klimapolitik.

Ein Eingreifen durch den Staat, also durch den Kanton, ist nicht nötig, wenn, dann ist es eine Bundesaufgabe. Beim Thema Inflation haben wir nichts dagegen, wenn Lohnerhöhungen kommen und gewerkschaftlich mehr Lohn eingefordert wird. Das ist auch ein alter Weg, den man einschlagen kann. Was uns bei diesem Postulat stört, es wird wieder einmal mit keinem Wort erwähnt, wie das finanziert werden soll. Sehr wahrscheinlich durch Steuern, dann ist es ja auch wieder von der Bevölkerung getragen, sehr wahrscheinlich mehrheitlich durch den Mittelstand. Die Verteilung eines solchen neuen Fonds wäre ein riesiger Verwaltungsaufwand. Wie soll das gerecht ablaufen? Zuletzt, es ist in der Antwort der Regierung erwähnt, es gibt schon zwei Instrumente heute, wir haben die Ergänzungsleistungen für die Leute, die an der Armutsgrenze sind, und die SKOS empfiehlt den Sozialbehörden in der aktuellen Situation die effektiven Mietnebenkosten zu übernehmen. Darum sind wir einverstanden mit der Regierung und lehnen das Postulat ebenfalls ab.

Pia Engler: Ich möchte gerne etwas in Richtung Urs Brücker sagen. Ich glaube, die Energiekostenerhöhung motiviert Sie und mich nicht wirklich zum Sparen, die 250 Franken schmerzen uns nicht. Aber diejenigen, die das schmerzt, das sind wirklich diejenigen, die an der Grenze zur Armut leben. Im Wirkungsbericht Existenzsicherung sehen wir, dass sowohl die Ergänzungsleistungen als auch die SKOS-Richtlinien nicht alle auffangen. Wir haben Personen mit einem Einkommen, die nicht anspruchsberechtigt sind, die können wir bei den Kosten, die jetzt kommen, nicht auffangen. Hier braucht es wirklich andere Überlegungen, und ich fordere hier die Gemeinden und den Kanton auf, das genau zu beobachten und sich zu überlegen, wie man das abfangen kann. Ich glaube das Sparen, ich frage mich als Endverbraucherin, und hier möchte ich das Postulat von Korintha Bärtsch unterstützen, wieviel muss ich denn eigentlich sparen? Reicht es, dass ich eine Lampe und mein Standby ausstelle, oder wie viel muss es denn überhaupt sein? Ich habe im Moment keine Orientierung, wie viel die Privaten eigentlich sparen sollen, und keine Orientierung, wie viel die Wirtschaft sparen muss. Es würde mich interessieren, ob man einen runden Tisch mit den Grossverbrauchern der Wirtschaft durchführt, um zu sagen, so viele Einsparungen brauchen wir und wenn wir die nicht erreichen, dann kommen wir in die Mangellage.

Samuel Zbinden: Ich möchte kurz auf ein paar meiner Vorredner, ja, es waren nur Männer, hinweisen. Erstens zu Ruedi Amrein: Ich hörte, Regulatorien erst dann, wenn es wirklich nötig ist, vorher soll man auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger vertrauen. Genau das ist die Forderung des Postulats von Korintha Bärtsch, da lese ich nichts von Regulatorien, sondern dass man versucht, die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Pia Engler sagte vorhin auch schon, wie soll ich wissen, welche Massnahmen zielführend sind? Ist es der Standby-Modus, ist es die Sparlampe, wo muss ich ansetzen? Ich glaube, hier darf man die Bevölkerung durchaus noch etwas mehr sensibilisieren und mit auf den Weg nehmen, deshalb unterstütze ich das Postulat von Korintha Bärtsch sehr. Dann bin ich noch sehr dankbar für die Worte von Pia Engler an die Adresse von Urs Brücker. Ich finde es ein wenig arrogant, wenn man sagt, die Energiekosten, die Zuschläge, die schenken nicht ein. Am Megger Sonnenhügel schenken sie vielleicht nicht ein, aber wenn man am Existenzminimum lebt, schenken sie ein. Zusätzlich zur Inflation, zusätzlich zu den steigenden Prämienkosten. Als Letztes an die Adresse von Pius Müller: Die Gründe, dass wir jetzt in dieser Energiekrise sind, sind genau das russische Gas, von dem wir uns abhängig gemacht haben, und das Öl, es sind die unsicheren Atomkraftwerke in Frankreich, von denen im Sommer die Hälfte abgestellt werden musste, und es sind sicher nicht die erneuerbaren Energien. Die Aussage war sehr schön, die SVP wollte als einzige Partei die Energiewende blockieren, sie blockiert sie nach wie vor, das sind die Gründe, weshalb wir jetzt hier stehen. Dann hörte ich noch einen kleinen Freud'schen Versprecher, den Klimawandel vorantreiben, genau das scheint mir will die SVP mit ihrer Politik machen, den Klimawandel weiter vorantreiben.

Adrian Nussbaum: Ich möchte gerade dort fortfahren, ich bin schon ein wenig erstaunt über ein paar Voten der SVP. Das Erste, was ich hörte, die SVP unterstreicht die Wichtigkeit der Koordination mit der EU und verlangt mehr CO₂-neutrale Stromproduktion. Sie sprechen

dann aber von AKW der Generationen 3 und 4. Selbst wenn man in den letzten zehn Jahren mit der Planung für solche AKW der neuen Generation angefangen hätte, seien Sie bitte ehrlich, im nächsten Winter hätten wir nicht mehr Strom. Übrigens, Samuel Zbinden sagte es, sind gerade die AKW respektive die Sicherheitsmängel der AKW mit ein Grund für den Strommangel im nächsten Winter, auch wenn die in Frankreich stehen. Ich bin überzeugt, wenn wir die Mittel für so eine Planung von möglichen AKW in den Ausbau von CO₂-neutralem Strom investieren und den Ausbau vorantreiben und nicht verhindern, dann lösen wir unser Problem mit dem Strom. Darum ist für uns klar, die Energiestrategie 2050 ist nicht das Problem, sondern gerade die Lösung für das Problem. Ihre Energiepolitik der letzten zehn Jahre hat mehrmals die Abhängigkeit vom Ausland unterstrichen, obwohl Sie immer wieder behaupten, dass wir keine Verträge benötigen, weil wir als Schweiz selbst für uns schauen können. Ich habe selten so viele Widersprüche gehört, wie in den letzten zwei Voten der SVP.

Korintha Bärtsch: 1988 hat Adolf Ogi Eier gekocht – sie können selbst ausrechnen, wie lange das schon her ist –, um zu zeigen, wie man Energie spart. Seit so vielen Jahren wird gesagt, wir müssen Energie sparen. Es scheint aber, dass das Potenzial immer noch so gross ist, dass man immer noch so viel machen kann, es ist also noch nichts passiert. All die Massnahmen, die der Regierungsrat in der Stellungnahme zum Postulat aufführt, zeigen genau das, was man schon hätte machen können, aber niemand gemacht hat. Also muss man an einem anderen Ort ansetzen. Urs Brücker, jawohl, die Energieversorgungsunternehmen sind in der Pflicht. Das Beispiel Biel, das ausgeführt wurde, basiert auf einem Reglement der, notabene linken, Stadt Biel, die im Reglement solche Massnahmen vom Energieversorgungsunternehmen verlangt. Das würde es auch nicht freiwillig machen.

Guido Müller: Ich möchte von diesem Reigen von Schuldzuweisungen wegkommen, damit kommen wir nicht weiter, wir müssen jetzt Lösungen für die vor uns stehende Energiekrise haben und Lösungen diskutieren. Die Lösungsansätze sind auf der einen Seite in der Stromproduktion zu finden, das bedeutet den Input des Stroms zu erhöhen, den man leider letztes Jahr zurückgefahren hat, aber auch das Energiesparen. Was uns aber alle verbindet, wir stecken in einer Energiekrise, die vor der Tür steht. Was haben wir bei Corona gelernt? In der Krise gibt es eines: klare Kommunikation mit klaren Botschaften. Hier habe ich manchmal Zweifel, ob sich die Regierung des Ernstes der Lage bewusst ist. Daher erlaube ich mir, eine Frage an unseren Vertreter des Regierungsrates im CKW-Verwaltungsrat zu stellen. Ich wurde jahrzehntelang darauf getrimmt, dass es einen Nachtтарif gibt, man sagte, man soll nachts waschen, nachts den Geschirrspüler einschalten und den grossen Stromverbrauch auf die Nacht legen. Nun bin ich nicht mehr ganz sicher, ob ich da richtig geschult wurde in den letzten 50 Jahren. Beispielsweise die BKW gab am 28. Juni eine Medienmitteilung über die «Abschaffung des Nachtтарifes» heraus, denn das ist ein Beitrag zur Lösung unseres Problems, dass man den Stromverbrauch in Zukunft anders lenken kann. Hier hätte ich gerne von unserem Regierungsrat eine Antwort, wie die CKW dazu steht, weil die BKW sagt, Nachtтарif abschaffen, die CKW sagt gar nichts, andere sagen, sie behalten das System bei, es habe sich bewährt. Alle drei Massnahmen, ob richtig oder falsch, das möchte ich nicht beurteilen, führen dazu, dass es in der Bevölkerung eine riesige Unsicherheit darüber gibt, was richtig ist. Noch einmal, klare Botschaften in der Krise helfen, die Krise zu überwinden, und die klaren Botschaften vermisse ich bisher. Ich möchte das mit auf den Weg geben, in diese Richtung zu arbeiten. Es müssen keine Prospekte gedruckt und Werbespots geschaltet werden, in denen jeder dem anderen widerspricht und hundert Botschaften sich gegenseitig widerlaufen, sondern sagen, was uns in dieser bevorstehenden Krise retten wird.

Angela Lüthold: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Mangellage und die Preisentwicklung nicht hausgemacht sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die verantwortlichen Energiefachleute nicht wussten, dass das passieren wird, wenn wir die beschlossene Energiestrategie umsetzen, AKW abstellen oder viele Anlagen in der Revision sind und immer mehr Menschen in der Schweiz wohnen, immer mehr Autofahrer auf Elektrisch

umstellen, immer mehr E-Bikes gefahren werden, immer mehr Vernetzung und Digitalisierung stattfindet und immer mehr automatisiert wird. Diese Entwicklung konnte man schon seit Jahren beobachten und nicht erst heute. Die Entwicklung hat ganz sicher nicht fürs Sparen gesprochen, sondern fürs Verbrauchen. Es ist mir auch bewusst, dass die kriegerische Situation in Europa auch ihren Beitrag dazu geleistet hat, dass Mangel und Preis sich zu einer grösseren Herausforderung entpuppen. Ich verstehe, dass wir alles daransetzen müssen, um dieser Lage Herr zu werden, und das darf sicher kein Dauerzustand sein. Förderprogramme sind gut und nützlich, schaffen Arbeitsplätze, steigern Umsätze von Unternehmen. Aber alle hier wissen, dass die Förderprogramme nur langfristige Lösungen sind und nicht bis im Winter 2023 greifen. Jetzt wieder ein neues Kässeli zu äufnen, löst das Problem bis im Winter nicht. Ich habe Verständnis für Private und Unternehmen, die allenfalls unter Mangel und der jetzigen Preisentwicklung leiden. Aber ich frage Sie, wer profitiert denn schlussendlich von dieser Preisentwicklung? Wem spült das eigentlich ganz viel Geld in die Kassen? Bei allem Respekt gegenüber der Problemlösung vermisste ich es, die Ansätze der Ursachen zu bekämpfen. Wir bekämpfen nämlich nur Symptome. Die Regierung hat ganz klar dargelegt, was schon alles getan wird und wie viele Programme schon laufen. Mir ist auch bewusst, dass wir nicht am Schalthebel sind, denn der Schalthebel ist auf einer anderen Ebene, nämlich beim Bund. Jetzt möchte ich gerne noch etwas zur Mitte sagen. Ja, wir waren allein gegen die Energiestrategie. Aber wir allein konnten es ja nicht verändern. Das Resultat von heute ist denen zu verdanken, die alle dieser Energiestrategie zugestimmt haben. Darum lehne ich die beiden Postulate P 944 und P 951 ab.

Urs Brücker: Ich nehme zum Votum von Pia Engler Stellung. Ich habe seit mehreren Jahren eine Sprechstunde als Gemeindepräsident. Es ist schon lange niemand mehr gekommen, ich weiss auch nicht warum. Jetzt habe ich wieder drei Anmeldungen, und die wollen wissen, wie man ein wenig Energie sparen kann. Selbstverständlich würde ich Pia Engler auch empfangen, auch wenn sie ausserkommunal ist. Und sonst, wenn sie nicht auf meine Sprechstunde warten möchte, kann man auch in Google eingeben, was man mit 1 Kilowattstunde so alles machen kann. Und noch einmal: Die 22 Franken im Monat, welche die 30 Prozent Strompreiserhöhung bringen sollen, wenn das unsere Familie umhaut, dann ist etwas ganz marode in unserem System.

Pius Müller: Zu Adrian Nussbaum: Wir haben wegen des Technologieverbots bereits fünf Jahre verpasst.

Josef Schuler: Es ist wichtig, dass man mit der Energie sorgsam umgeht und wir nicht etwas produzieren oder aufbauen, dass unseren Enkelkindern schadet. Das heisst man muss nachhaltige Energien fördern. Man muss auch schauen, dass Personen, die keine eigene Solaranlage haben, sich auch in irgendeiner Form beteiligen können, beziehungsweise dass diese nicht einfach nur bezahlen müssen und keinen Nutzen oder nur Einschränkungen haben. Es ist wichtig, dass jetzt nicht nur Privathaushalte zum Sparen oder zur Nachhaltigkeit aufgefordert werden. Die Landwirtschaft ist auch gefordert. Es ergibt für mich keinen Sinn, wenn man schnell aufheizt. Auch die Wirtschaftszweige sind gefordert. Die Verschwendung muss zugunsten unserer Nachwelt aufhören. Es ist wichtig zu wissen, dass der Strom eigentlich auch strömen sollte, das heisst der Strom gehört nicht einfach irgendeinem Privaten, sondern auch immer der Allgemeinheit, und darum ist es wichtig, dass Personen, die kein dickes Portemonnaie haben, nicht untergehen.

Sara Muff: Ich nehme nochmals Stellung zu meinem Postulat. Wir haben oft gehört, dass es im Widerspruch zu den Bemühungen der Klimapolitik steht. Aber genau darum, verlangen wir, dass der Fonds progressiv ausgestaltet wird und kein Giesskannenprinzip. Der SP-Fraktion ist es wichtig, dass die Klimapolitik sozial verträglich ist. Es gibt, wie wir von Pia Engler gehört haben, nach wie vor Menschen im Kanton, die durch das Netz fallen werden und die Stromrechnung nicht einfach so wegstecken können, wie wahrscheinlich die meisten hier im Saal. Genau darum braucht es dieses Postulat. Ich bitte Sie darum, die Erheblicherklärung zu unterstützen.

Gian Waldvogel: Corona hat nicht gezeigt, dass eine nette Aufklärungskampagne

Wirkung zeigt. Corona hat gezeigt, dass es Massnahmen und Gebote braucht, um unser Verhalten zu verändern. Das hat Wirkung gezeigt. Genauso ist es in der Energiekrise. Den Bürgern nett zu sagen, dass sie Strom sparen müssen, ist leider kein hinreichendes Mittel. Zudem muss ich Urs Brücker kritisieren. Ich finde es sehr arrogant und realitätsfremd, wenn man sagt, dass ein paar Franken beziehungsweise 20 bis 30 Franken pro Monat einer Familie nichts ausmachen. Es gibt sehr viele Leute im unteren Mittelstand, die jeden Rappen umdrehen müssen. Und dann zählen diese 20, 30 oder 40 Franken, wenn nachher die Stromrechnung höher ist. Ich wäre mit solchen Aussagen, was tragbar ist oder nicht, vorsichtig.

Hans Stutz: Auch ganz kurz zu Urs Brücker. Er hat Pia Engel kritisiert und darauf verwiesen, dass sich bei ihm noch nie jemand gemeldet hat. Aber meines Wissens, Urs Brücker kann mich allenfalls korrigieren, ist die Bevölkerungsstruktur der Gemeinde Meggen nicht repräsentativ für den Kanton.

Hasan Candan: Kurz zur GLP: Sie haben sich eigentlich demaskiert. Sie sind nicht die Partei der Familien, weil die Realität nicht so ist. Es stimmt, wenn der Strompreis ein bisschen steigen würde, dann wäre das ein positiver Effekt. Aber die Realität ist so, dass die Preise explodieren und der Markt versagt hat. Die Gestehungskosten sind tief, aber explodiert. Angela Lüthold hat es schon gesagt, die Stromkonzerne gewinnen, und die Mieten und Prämien steigen seit Jahren, und jetzt explodieren auch noch die Nebenkosten. Gestern gab es im «Blick» ein gutes Beispiel einer vierköpfigen Familie, die nächstes Jahr 2000 bis 4000 Franken mehr bezahlen muss. Darauf müssen wir Antworten haben. Einfach nur zu sagen, wir sparen ein bisschen Strom, wie wir das von Pia Engler gehört haben, reicht nicht. Die Menschen sind verunsichert, wir müssen Ihnen Hilfestellung leisten, und die Regierung muss Antworten geben können.

Laura Spring: Ich äussere mich zur CKW. Wir waren im Frühling für einen Austausch bei der CKW, das war sehr interessant. Die engagierten Projektleiter haben uns erklärt, sie hätten Produkte wie Sensoren und Apps, welche die Leute darauf aufmerksam machen, wenn sie viel Strom verbrauchen. Ich habe nachgefragt, warum sie diese nicht auf den Markt bringen. Sie haben geantwortet, dass sie das erst tun, wenn der Strommarkt liberalisiert wird. Ich glaube, das kommt nicht als Nächstes. Vielleicht wäre ein nächster Schritt, mit diesen Personen der CKW Kontakt zu suchen. Sie haben diese Produkte, aber keinen Anreiz, uns weniger Strom zu verkaufen. Das ist ja logisch, ich verstehe das auch. Ich kritisiere das gar nicht. Ich glaube, das ist der Fehler im System, und hier müssten sowohl der Kantonsrat als auch die Regierung genau hinschauen.

Guido Müller: An die planwirtschaftlichen Denkweise der linken Seite. Korintha Bärtsch hat ein gutes Beispiel gebracht. Der Zigarettenpreis liegt heute bei 9 Schweizerfranken. Es wird aber fast immer noch gleich viel geraucht und gleich viel gestorben wie früher. Die Preiskorrektur hat nichts gebracht, es verdienen sich viele Leute eine goldene Nase hierbei. Kommt doch mal von solchen Ideologien weg. Jetzt, in dieser Krise, wäre es das eine, zu sagen, raucht doch ein bisschen weniger und investiert dieses Geld für den Strom, der mehr kostet, dann hätten wir wenigstens diesen Effekt erreicht.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Erlauben Sie mir bitte, eine etwas längere Stellungnahme, es handelt sich auch um eine Reihe von Vorstössen. Die Thematik ist sehr komplex, darum gebe ich Ihnen gerne eine Übersicht aus Sicht der Regierung. Ich versuche auch, die verschiedenen Voten, auf alle kann ich nicht eingehen, im Rahmen meiner Ausführung einzubinden. Wir sind uns einig, im kommenden Winter droht uns durch die politische Situation in Europa, speziell aufgrund des schrecklichen Krieges in der Ukraine, eine Energiemangellage. Die Schweiz hat keine eigenen Gas- und Ölvorkommen, und im Winter ist die Schweiz auf Stromimporte angewiesen. Unsere Speicherseen leeren sich im Laufe eines Winters langsam. Beim Öl ist es so, dass das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung bereits diesen Sommer rund 13 Prozent der Pflichtlagerbestände freigeben musste, weil der Rhein sehr wenig Wasser führte und darum auch die entsprechenden Transporte auf dem Fluss nicht stattfinden konnten. Beim Gas ist die Situation offensichtlich, dass Russland den Gashahn

für Europa zugedreht hat. Immerhin sind die Speicher in Deutschland einigermaßen gut gefüllt. Die Schweiz hat keine solchen Speicher. Wir sind vollständig auf die europäischen Partner angewiesen. Als Konsequenz müssen wir uns beim Energieverbrauch einschränken und so Reserven bilden. Das ist die einzige Option, um kurzfristig drastische Massnahmen zu verhindern. Wir möchten kein Schreckensszenario an die Wand malen. Aber wir müssen die Situation sehr ernst nehmen und uns vorbereiten. Die Vorbereitungen haben schon länger begonnen. Wir müssen die Sache ruhig und konzentriert angehen, gemeinsam planen und auch handeln und uns nicht durch öffentliche Polemik beunruhigen lassen. Aktuell sind wir noch nicht in einer Krise. Wir müssen aber eine mögliche Krise vorbereiten und planen, um zu wissen, wie wir in diesem Fall reagieren. Wichtig ist auch zu wissen, dass in der Schweiz die Versorgung mit Energie grundsätzlich Sache der Energiewirtschaft ist, und Angebot sowie Nachfrage bilden sich primär am Markt. Die Strombörse, bei der auch die Schweiz angeschlossen ist, befindet sich in Leipzig (Deutschland). Die drohende Angebotsknappheit hat bereits erhebliche Preissteigerungen zur Folge. Wir sind aber in einer Marktwirtschaft und nicht in einer Planwirtschaft. Es gilt das eidgenössische Stromversorgungsgesetz. Dieses gilt, bis die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, einer Mangellage mit eigenen Mitteln zu begegnen. Dann greift der Bund beziehungsweise der Bundesrat im Sinn der wirtschaftlichen Landesversorgung lenkend ein. Ich komme darauf zurück. Beachten Sie bitte, dass durch diesen Umstand, Kantonsrat Thomas Meyer hat es erwähnt, jetzt eben endlich Investitionen in erneuerbare Energie in der Schweiz noch attraktiver werden und viele jetzt und in Zukunft getätigt werden. Das ist auch eine Chance der drohenden Krise. Wir haben die Öffentlichkeit bereits informiert, wie der Kanton Luzern in der aktuellen Situation vorgeht, und werden das weiterhin immer wieder tun. Wir sind umgehend der Energiesparallianz des Bundes beigetreten. Dies empfiehlt die Regierung auch allen Gemeinden des Kantons, denn in dieser Situation ist auch Solidarität gefragt. Wir alle können dazu beitragen, eine Mangellage zu verhindern, indem wir Energie einsparen und Reserven bilden. Das Beispiel mit den Speicherseen ist eigentlich sehr gut, denn das Wasser bleibt in den Seen, wenn wir die Kilowattstunde eben noch etwas sparen, dann haben wir eben diese für die kritische Situation, die gegen Ende des Winters erwartet wird. Bereits im Sommer haben wir den kantonalen Führungsstab unter der Leitung des Justiz- und Sicherheitsdepartementes aktiviert, der sich seitdem um die drohende Energiemangellage kümmert und sich regelmässig trifft. Im Führungsstab sind neben kantonalen Stellen auch die CKW, die EWL und der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) vertreten. Der für den Kantonalen Führungsstab (KFS) zuständige Justiz- und Sicherheitsdirektor Winiker und ich, sind diesbezüglich in einem engen Austausch und in guter Abstimmung auch mit der Gesamtregierung. Zudem ist Regierungsrat Winiker Präsident der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Er war auch am runden Tisch mit Bundesrat Parmelin anwesend, wo eben Sparziele mit den Wirtschaftsverbänden, mit Branchenverbänden, mit Gewerkschaften andiskutiert wurden und die Branchen nun Vorschläge eingeben können. Das ist der Forderungen, die ich in Ihnen Voten gehört habe. Das findet also auf Bundesebene bereits statt. Der KFS ist verantwortlich für die Vorbereitung und Bewältigung einer Mangellage, insbesondere für die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur sowie der existenziellen Versorgungs- und Entsorgungsprozesse. Die Konzepte des Bundes für die wirtschaftliche Landesversorgung sehen in einer Mangellage bei gewissen Massnahmen – zum Beispiel Kontingentierungen und Abschaltungen, das sind dann die letzten Möglichkeiten – Ausnahmen zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur vor. Fragen, wie sie Sara Muff gestellt hat, werden im Hintergrund vorbereitet und zusammen mit den verschiedenen Interessierten oder den Betroffenen erläutert. Die Anordnung dieser Ausnahmen liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Der KFS tritt, zu gegebener Zeit, mit den sicherheitsrelevanten Einrichtungen des Kantons, beispielsweise Spitälern oder Blaulichtorganisationen, in Kontakt, unterstützt diese in den Vorbereitungen, indem wir auch die Konzepte mit ihnen besprechen. Zudem koordinieren wir weitere Massnahmen, wie etwa die Zuführung von ausreichend Treibstoff im Bedarfsfall. Je nach Art und Wichtigkeit der kritischen Infrastruktur ist eine permanente

Notversorgung vorgesehen. Der Kanton ist auch in engem Austausch mit der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (EnDK), also mit allen anderen Kantonen und natürlich vor allem mit dem Bund. Auch diese haben verschiedene Gefässe zur Vorbereitung und Bewältigung der drohenden Energiemangellage gebildet und nehmen eine sehr aktive Rolle ein. Als Kanton sind wir zudem daran, die Energiesparmöglichkeiten, im Sinn unserer Vorbildfunktion, in der eigenen Verwaltung und unseren eigenen Betrieben zu definieren und so ebenfalls unseren Beitrag zu leisten. Wir treffen auch Vorbereitungen, um die Kernprozesse in einer schweren Mangellage aufrechterhalten zu können. Dafür ist die interne Organisation, unter der Leitung des Staatsschreibers und der Departementssekretärinnen und -sekretäre aller Departemente, verantwortlich und eingesetzt worden. Es ist klar, es sind verschiedene unvorhersehbare Entwicklungen, die eine mögliche Mangellage noch wesentlich beeinflussen können. Ist der Herbst trocken oder regnet es noch viel? Das kommt unseren Stauseen zugute oder eben nicht. Wird es im Winter -20 oder 0 Grad? Das hat einen erheblichen Einfluss, wie viel Energie wir zum Heizen benötigen. Sind auch im Winter nur die Hälfte der französischen AKW in Betrieb? Das hat Konsequenzen für den ganzen europäischen Strommarkt und die Mangellage. Oder auch ein betriebliches Problem eines AKW in der Schweiz ist allenfalls auch nicht ausgeschlossen. Es sind also verschiedene Unwägbarkeiten, wir müssen uns vorbereiten. Bei der Bevölkerung und der Wirtschaft steht die Eigenverantwortung an erster Stelle. Jeder Haushalt und jedes Unternehmen muss sich mit der Situation auseinandersetzen und Einsparmöglichkeiten definieren. Dafür gibt es viele Informationen, auch bei der Energiesparkampagne des Bundes, bei der wir uns anschliessen und wir ebenfalls geeignete Kommunikationsmassnahmen am Definieren sind und angehen. Der Kanton kann hier nicht für die ganze Bevölkerung und die rund 32 000 Unternehmen einspringen. Es sind rund 1200 Unternehmen im freien Markt. Im freien Markt sind die Preise erheblich gestiegen, zum Teil um das Zehnfache. In der Grundversorgung, wir haben Beispiele gehört, geht es um 20 bis 30 Prozent. Die Preise sind natürlich auch im freien Markt anspruchsvoll. Zu diesem Thema führt der Energieversorger CKW am 13. September 2022 beispielsweise für seine Grossverbraucher eine Informationsveranstaltung durch. Ich komme zur CKW: Der Kanton hält rund 9 Prozent Aktienkapital der CKW und ist mit 1 von 7 Sitzen im Verwaltungsrat vertreten. Regierungsrat Schwerzmann wird sich gerne bilateral mit Guido Müller bezüglich seiner Fragen betreffend Nachttarife austauschen. Das kann ich hier nicht direkt beantworten. Rund 80 Prozent der CKW gehören der Axpo, und die Axpo stellt 4 von 7 Verwaltungsräten. Jetzt können Sie sich vorstellen, dass der Einfluss eines Verwaltungsrates mit 9 Prozent der Aktien ganz einfach so ist, wie er sich in der Marktwirtschaft aufgrund der Kräfteverhältnisse zeigt. Ich bitte Sie also, sich bewusst zu sein, dass die Regierung keinen wesentlichen Einfluss auf die CKW hat. Wir sind uns bewusst, dass die Strompreise für Menschen und Familien mit einem kleinen Budget eine grosse Belastung sind, für einen grossen Teil der Bevölkerung aber wohl auch verkraftbar. Ich erinnere Sie an die Ausführungen von Urs Brücker. Unser Kanton hat Möglichkeiten über Ergänzungsleistungen und die wirtschaftliche Sozialhilfe Abhilfe zu schaffen. Diesbezüglich haben wir in unseren Antworten explizit Möglichkeiten aufgeführt. Mit Blick auf die drohende Mangellage und die dringend nötigen Effizienzmassnahmen den Strompreis künstlich für alle zu vergünstigen, erachtet unser Rat als das falsche Signal. Wie wäre dann der Sparanreiz, wenn es im Portemonnaie nicht spürbar ist, dann hätte man das schon länger machen können. Es ist uns bekannt, dass sich aufgrund der stark gestiegenen Preise, einige Unternehmen, insbesondere energieintensive Unternehmen, die den Strom auf dem freien Markt einkaufen, grosse Sorgen machen. Der Bundesrat hat hierzu kommuniziert, dass er das mit Sorge beobachtet und Massnahmen, allenfalls später, prüft. Wir werden die Situation ebenfalls genau verfolgen. Sollten Unternehmen aufgrund von nachhaltig hohen Energiepreisen in Schwierigkeiten geraten, wäre wohl primär das bewährte Instrument der Kurzarbeit zu prüfen. Zudem stehen sicher gesamtschweizerisch einheitliche Lösungen im Vordergrund, da der Strommarkt schweizweit und eben auch im Wettbewerb mit Europa geregelt ist. Kantonale Unterstützungsmassnahmen würden zu massiven Wettbewerbsverzerrungen

unter den Kantonen führen. Der Bundesrat hat sich Ende August dazu geäußert. Zudem hat sich letzte Woche auch die zuständige Kommission des Ständerates geäußert, dass sie in engem Austausch mit den zuständigen Bundesräten ist und allenfalls weitere Massnahmen fordert. Uns muss klar sein, dass, wenn wir nicht alle solidarisch dazu beitragen, Energie zu sparen und Reserven zu bilden und die freiwilligen Massnahmen nichts nützen, es zunächst zum Verbot einzelner Geräte und der Anwendungen kommt. In diesem Sinn ist das eine Kaskade, die der Bundesrat verfügen wird. Anschliessend kommt es zu Kontingentierungen für Grossverbraucher und letztlich, und das müssen wir mit allen Mitteln verhindern, zu gestaffelten Abschaltungen. Die Solidarität geht übrigens über die Landesgrenze hinaus. Unser Land ist mitten in Europa. Wir wollen diese Einschränkungen mittragen, denn schlussendlich sind wir gerade beim Gas auch auf unsere europäischen Partner angewiesen. Wenn die EU Sparziele beschliesst und die Schweiz sich diesen nicht anschliesst, ist es auch klar, dass die Solidaritätsabkommen, die wir mit unseren Nachbarn abschliessen möchten, von Anfang an chancenlos sind. Ich möchte auch einen Blick in die Zukunft werfen: Wir sehen jetzt, dass die Energiepolitik, das haben wir schon einige Male gehört, eben auch Sicherheitspolitik ist. Eine unabhängige Energieversorgung macht uns automatisch weniger abhängig vom Ausland, und wir stehen weniger unter dem Einfluss der geopolitischen Konflikte, die leider auch in andere Regionen der Welt wieder stattfinden können. Wir sollten also beim Umbau unserer Energieversorgung nicht nur an die Klimaziele, sondern auch an die Sicherheit unseres Landes, die Versorgung, denken. Wir müssen unsere Energieversorgung auch diversifizieren. Wir brauchen Solarenergie, Windkraft, Wasserkraft, Geothermie und Technologien, welche wir in Zukunft vielleicht noch erfinden werden. Wir müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien schneller und effizienter werden. Wir haben gehört, wir seien da viel zu langsam unterwegs. Das ist einfach so. Aber es wird auch viel verhindert, es wird viel blockiert, und das können wir uns nicht mehr länger leisten. «Den Fünfer und das Weggli» gibt es nicht. Wir müssen vorwärtskommen. Wir müssen gesetzliche Justierungen in Betracht ziehen, zum Beispiel eine Flexibilisierung des Umweltrechtes. Die zuständige Kommission des Ständerates hat letzte Woche erste Vorschläge kommuniziert. Auch auf kantonaler Ebene treiben wir verschiedene Massnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien voran. Entwürfe für die Anpassung des kantonalen Energiegesetzes und des Planungs- und Baugesetzes, unter anderem zur Beschleunigung von Verfahren, werden wir voraussichtlich noch dieses Jahr in die Vernehmlassung geben. Ich hoffe, Sie helfen in den Vernehmlassungen mit, aber spätestens dann, wenn das Gesetz Ihrem Rat vorliegt, um dieses auch zu ermöglichen. Das erfordert vielleicht hin und wieder Einbussen beispielsweise bei Möglichkeiten der Einsparungen oder Beschleunigung der Verfahren mit den Gerichten. Vorwärtsmachen wollen wir auch mit der Teilrevision des kantonalen Richtplans, damit das Potenzial der Windenergie besser genutzt werden kann, und wir üben auch entsprechend Druck auf den Bund aus, damit es zeitlich nicht zu weiteren Verzögerungen kommt. Weiter sind wir im Gespräch mit den Energieversorgungsunternehmen und der Installationsbranche, um den Ausbau der heimischen Energieproduktion gemeinsam zu forcieren und Hemmnisse auf allen Ebenen der Regulierungen, und es gibt extrem viele davon, zu identifizieren und abzubauen. Sonst kommen wir hier auch nicht vom Fleck. Auch seine Vorbildfunktion wird der Kanton wahrnehmen und den Bau von PV-Anlagen auf kantonseigenen Gebäuden rasch vorantreiben. So hat die Regierung letzte Woche entschieden, dass das Finanzdepartement und die Dienststelle Immobilien einen eiligen Ausbau der PV-Anlagen auf eigenen Dächern prüfen. Nicht zuletzt werden aktuell die Grundlagen für die kommunale Energieplanung erarbeitet, damit die Gemeinden ihrerseits ebenfalls vorwärtsmachen können. Auch dort geht es um Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Klar ist, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien diesen Winter noch nichts nützen wird. Darum ist es zentral, dass wir gemeinsam jetzt Energie sparen und Reserven bilden. So können wir das Risiko von Zwangsmassnahmen oder einschneidenden Einschränkungen bis gar zu Abschaltungen vermindern oder verhindern. Dieses schlimmste Szenario ist mit grossen, negativen Konsequenzen für die Gesellschaft und vor allem für unsere Volkswirtschaft verbunden. Die

Bevölkerung, die Wirtschaft und die Politik müssen an einem Strang ziehen, denn freiwilliges Sparen ist ein Zeichen der Eigenverantwortung und Solidarität. Solidarität ist Zukunft, so das passende Motto unserer Präsidenten Ihres und unseres Rates. Wir Politikerinnen und Politiker, wir alle im Saal, können und müssen Vorbilder sein und das in die Bevölkerung weitertragen. Diesen Herbst und Winter zählt jede Kilowattstunde, denn das, was wir jetzt vorsorgen, haben wir Ende Winter in den Stauseen, wenn es knapp wird. Zu den Anfragen haben wir ausführliche Antworten verfasst. Zum Postulat von Korintha Bärtsch halte ich nochmals fest, dass aufgrund der unterschiedlichen Ebenen bereits sehr viel zur Förderung von Energieeffizienz, des Energiesparens und der Sensibilisierung getan wird. Der Bund hat eine grosse Energiesparkampagne. Ein Teil ist bereits erschienen, ein Teil kommt noch. Wir sind da eng koordiniert. Wir haben uns beim KFS auch kommunikativ verstärkt und wollen auch diesbezüglich Massnahmen. Sie haben das Eierkochen von Adolf Ogi erwähnt. Wir werden auch Massnahmen prüfen und kommunikativ stärker, ergänzend zum Bund, aktiv werden. Die drohende Energiemangellage führt zu einer grösseren Bedeutung von Energieeffizienz und Sparmassnahmen. Und ja, man darf das auch im Portemonnaie spüren, wenn man spart oder eben nicht spart. Es ist auch mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema nötig, aber bis wir ein neues Programm in der Hand haben, ist es zu spät. Wir müssen jetzt zuerst freiwillig und dann leider mit allfälligen Zwangsmassnahmen des Bundes vorwärtsgehen. Die hohen Energiepreise führen zudem vor Augen, dass sich der sparsame Umgang mit Energie auch aus ökonomischer Sicht lohnt. Der Strom war lange Zeit zu günstig, man hat den Wert der Energie nicht genügend wertgeschätzt und ist damit eben auch nicht immer genug sensibel umgegangen. Ein zusätzliches Impulsprogramm, insbesondere mit neuen finanziellen Anreizen zu den bereits bestehenden und nun auch verstärkten Massnahmen, sehen wir darum nicht vor. Auch ein Energiefonds zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung, wie in Sarah Muff in Ihrem Postulat fordert, ist für uns kein gangbarer Weg. Einerseits fehlen uns die rechtlichen Grundlagen zur Äufnung eines entsprechenden Fonds, andererseits sind wir aber auch der Meinung, dass die aktuellen Strompreise kein Eingreifen des Staates rechtfertigen, auch wenn wir uns natürlich den Herausforderungen der steigenden Energiepreise bewusst sind. Ein Fonds würde zudem falsche Anreize setzen in einer Zeit, in der das Energiesparen die wichtigste Massnahme zur Verhinderung von Stromausfällen ist. Die Unterstützung von finanziell schwachen Einwohnerinnen und Einwohnern ist wichtig, kann aber über andere Instrumente erfolgen, wie Ergänzungsleistungen und die wirtschaftliche Sozialhilfe. Wir beantragen Ihnen, aufgrund der Ausführungen, beide Postulate abzulehnen.